

Deponieschließung politisch versprochen

Bürgerinitiative „Keine Erweiterung Grauer Wall“ hat bereits rund 1000 Protestunterschriften gesammelt

LEHE. Rund 1000 Unterschriften gegen einen weiteren Betrieb der Deponie Grauer Wall; so viel hat die neu gegründete Bürgerinitiative bereits zusammengetragen. Etwa 100 Besucher kamen gestern Abend zur zweiten Versammlung der Deponie-Gegner ins Restaurant des Nordsee-Stadions.

Unter den Besuchern waren viele Anwohner, die bereits seit Jahrzehnten mit der Deponie leben müssen.

Sie nahmen das „Abfallrechtliche Planfestellungsverfahren“ der Betreiberin Entsorgungsgesellschaft (BEG) zum Anlass, daran zu erinnern, dass es in der Vergangenheit mehrfach politische Versprechen gegeben hat, die Deponie in naher Zukunft zu schließen.

Einer von ihnen war der frühere CDU-Gartenbaustadtrat Rolf Shindl. Er erinnerte an die alten Pläne zur Jahrtausendwende, den

» Wir müssen die Arbeit auf mehrere Schaltern verteilen. «

CLAUS BOVING,
SPRECHER DER BÜRGERINITIATIVE



Die Wut wächst: Rund 100 Besucher kamen gestern zur zweiten Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen die Deponie Grauer Wall.

Foto: eep

Speckenbütteler Park in einen Wellness-Park umzuwandeln: „Da hieß es, die Deponie soll nach Auslaufen der Genehmigung dem Park zugeschlagen werden.“ Statt dessen laufe nun ein Planverfahren, das den Weiterbetrieb für die nächsten 20 Jahre si-

chern solle, so die Kritik. Seit den Abfalllieferungen aus Neapel scheint das Misstrauen gegen den BEG-Mehrheitsgesellschafter Remondis gewachsen zu sein. „Wir wissen nicht, was tatsächlich auf der Deponie landet“, sagte Peter Rieger. Er empfahl zur „Beweis-

cherung“ so viele Anlieferungen wie möglich zu dokumentieren. Unterstützung vermissen viele Gäste in der örtlichen Politik. Bis auf den FDP-Bürgerschaftsabgeordneten Mark Ella hätte kein Politiker gegen das Planfestellungsverfahren votiert. „Wir erwarten, dass auch die Parteien in der Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Bürger aktiv werden“, lautete eine zentrale Forderung.

Weil die Einspruchsfrist für das Genehmigungsverfahren bereits am Dienstag auslaufe, hofft Claus Boving, Sprecher der Bürgerinitiative auf kurzfristige Reaktionen. Die wolle er persönlich beim Umweltsenator als Genehmigungsbehörde einreichen.

Für die Arbeit der Initiative warb er um weitere Aktive zur Unterstützung in verschiedenen Arbeitskreisen. Auch wolle man sich juristisch beraten lassen, kündigte er an, welche Möglichkeiten des Widerspruchs es noch gebe. Im Internet ist die Initiative mittlerweile auch präsent. (guh)